

Inhalt:

Grünes Bremen erhalten und gestalten

Mit dem integrierten Flächenprogramm 2010 (IFP) hat sich der Senat hohe Maßstäbe gesetzt: Die Rede ist von Bestandspflege, Altflächenreaktivierung, hoher Nutzungsintensität und Verdichtung. Auch den ›Abgleich mit den Belangen anderer Politikfelder, wie bspw. Natur- und Umweltschutz‹, hat sich der Senat auf die Fahne geschrieben. Doch wie sieht die rot-schwarze Flächenpolitik tatsächlich aus? [... zum Artikel](#)

Grün wirkt weiter

Bei der Zitterpartie um Rot-Grün am Wahlsonntag war ziemlich schnell klar: Die Grünen sind die Gewinner der Bundestagswahl. Und mit 15% erlangten sie das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte im Land Bremen. Mit gestärktem Rücken zieht Marieluise Beck erneut für Bremen in den Bundestag. [... zum Artikel](#)

Space Park – Millionengrab mit staatlicher Beteiligung

Bremen steigt ins Betreiberrisiko des Space Parks ein. Floppt der Space Park, bleibt Bremen auf seinen Krediten sitzen. Helga Trüpel, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zum Rettungsversuch des Senats. [... zum Artikel](#)

Korruptionsbekämpfung: Große Koalition mauert

Auf Antrag der Grünen wurde im März 2002 der parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Bauvorhaben eingerichtet. Matthias Güldner, grüner Ausschussobmann, zieht Zwischenbilanz. [... zum Artikel](#)

Nebel um Knebelvertrag lichtet sich

Ein Vertragsentwurf, mit dem der Leiter des Rechnungsprüfungsamts zu Wohlverhalten ›genötigt‹ werden sollte, ist das zentrale Corpus Delicti. Herkunft und Verfasser bleiben weiter im Dunkeln, die wichtigsten Zeugen verstricken sich in Widersprüche. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Personalien](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

Grünes Bremen erhalten und gestalten

Mit dem integrierten Flächenprogramm 2010 (IFP) hat sich der Senat hohe Maßstäbe gesetzt: Die Rede ist von Bestandspflege, Altflächenreaktivierung, hoher Nutzungsintensität und Verdichtung. Auch den ›Abgleich mit den Belangen anderer Politikfelder, wie bspw. Natur- und Umweltschutz‹, hat sich der Senat auf die Fahne geschrieben. Doch wie sieht die rot-schwarze Flächenpolitik tatsächlich aus?

Die Große Koalition setzt mit ihrer geplanten Flächenerschließung von 50 Hektar pro Jahr plus 100 Hektar ›ständiger Reserve‹ nach Ansicht der Grünen unrealistische und überdimensionierte Maßstäbe. Nach den Vorgaben der Bundesregierung dürfte Bremen umgerechnet lediglich 10 Hektar Fläche pro Jahr neu nutzen. Die Folgen, die der prognostizierte Bevölkerungsrückgang in Bremen für den Flächenbedarf haben wird, werden im IFP ignoriert.

Am Beispiel Büropark Oberneuland zeigt sich, dass die formulierten Ziele der großen Koalition und die Realität weit auseinander klaffen. Karin Krusche, baupolitische Sprecherin der grünen Fraktion, sieht in dem Büropark nichts als ein Prestigeprojekt des Wirtschaftsressorts: ›Mit einem postulierten Arbeitsplatzpotenzial von 2000 bis 3000 wurde das ehemalige Landschaftsschutzgebiet zerstört. 9,5 Millionen Euro sind in das Projekt geflossen. Magere Bilanz: 100 bis 150 Arbeitsplätze!‹

›Eine moderne Wirtschaftspolitik sorgt für einen Ausgleich von ökonomischen Interessen und ökologischen Erfordernissen‹, so Helga Trüpel, wirtschaftspolitische Sprecherin. Von hoher Nutzungsintensität und Verdichtung kann aber auch im Technologiepark an der Uni keine Rede sein. Durch unstrittige Flächenerweiterungen stehen 30 Hektar zur Verfügung – doch das reicht der großen Koalition immer noch nicht. Im März diesen Jahres haben SPD und CDU handstreichartig über alle Köpfe hinweg beschlossen, zusätzlich 20 Hektar Grünflächen durch die West-Erweiterung des Technologieparks (Uni-Wildnis) zu vernichten. Und auch das Hollerland ist noch nicht vom Tisch. Vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten und eine seltene ›Binnensalzstelle‹ begründen sogar einen europäischen Naturschutz. Für die große Koalition ist dies bis heute kein Thema. Im Gegenteil: Immer noch kommt das Hollerland für die CDU als neuer ›Technologiestadtteil‹ in Frage.

Für eine ressourcenschonende, moderne Stadtentwicklungspolitik werden sich die Grünen in Bremen weiter einsetzen. Anstatt immer mehr Neubaugebiete an den Stadtrand auszulagern, sollten bestehende Wohnquartiere aufgewertet und saniert werden. Die Absicht der Bausenatorin, alte Gewerbebrachen neu zu nutzen, darf jetzt nicht am Geld und am Personal scheitern. Die Grünen fordern den Senat auf, die ständige Vorratshaltung von 100 Hektar Fläche sofort zu beenden und jährlich eine Flächenbilanz vorzulegen, um die Effekte der Gewerbeflächenpolitik beurteilen und mehr Transparenz gewährleisten zu können.... [zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Grün wirkt weiter

Bei der Zitterpartie um Rot-Grün am Wahlsonntag war ziemlich schnell klar: Die Grünen sind die Gewinner der Bundestagswahl. Und mit 15% erlangten sie das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte im Land Bremen. Mit gestärktem Rücken zieht Marieluise Beck erneut für Bremen in den Bundestag.

Ein Gespräch mit der Bundesausländerbeauftragten:

Frage: Wie bewerten Sie das Bremer Ergebnis für die Grünen?

Beck: Die Bremer Grünen haben das zweitbeste Ergebnis in der Bundesrepublik erzielt. 15 Prozent der Stimmen für den Zwei-Städte-Staat, obwohl wir bisher in Bremerhaven auf ein für Grüne eher schwieriges Terrain stießen, sind geradzuphänomenal.

Frage: Sie haben in Ihrem Wahlkreis allein 34.838 Erststimmen bekommen, das ist enorm. Worauf führen Sie dieses Ergebnis zurück?

Beck: Die Kunst der Politik liegt in der Kommunikation. Das heißt, Räume für Begegnungen zu schaffen, die Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl geben, nicht mit Schablonen abgespeist zu werden, sondern dass sowohl die Politik als auch die dahinter stehende Person transparent ist. Diese Begegnungen gab es in den Schulen auf den Podiumsveranstaltungen, auf der Straße, auf Veranstaltungen anderer Organisationen, und es gab sie bei den legendären ›PgdM – Politik geht durch den Magen‹: ein langer Tisch, immer neue Gäste, zum Teil einander fremd, zum Teil als Cliques, viele junge Leute, Hip-Hopper, türkische Moscheefrauen, MigrantInnen, Kulturschaffende, sie alle haben auf diese Weise Einblick in Politik, ihre Grenzen und Möglichkeiten bekommen.

Frage: Welche Projekte in der AusländerInnen- und Zuwanderungspolitik stehen bei Ihnen als nächstes auf der Tagesordnung?

Beck: Endlich hat Deutschland anerkannt, dass es Einwanderung hatte, jetzt gilt es, diese Einwanderung zu gestalten. Das bedeutet, dass vom Kindergarten über die Schule, vom Gesundheitswesen bis zu Altenpflege, vom Moscheebau bis zur Friedhofsordnung die Gesellschaft geöffnet werden muss für Menschen, die mit anderem sprachlichen, kulturellen und religiösen Hintergrund zu uns gekommen sind.

Frage: Nach der Wahl ist vor der Wahl, das gilt zumindest für Bremen. Was empfehlen Sie den Bremer Grünen für die Bürgerschaftswahl im nächsten Frühjahr?

Beck: Die Bremer Grünen sollten die Saat, die mit dem wunderbaren Bundestagswahlkampf gesät worden ist, pflegen und dann ernten. Das heißt rein in für Grüne zum Teil auch neue Milieus, in die Großwohnsiedlungen, in die Gewerkschaften, zu den MigrantInnen, zu den Frauen, zu den Jungen, zu den Sportvereinen, zu den Computerfreaks usw. usw.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Space Park – Millionengrab mit staatlicher Beteiligung

Bremen steigt ins Betreiberrisiko des Space Parks ein. Floppt der Space Park, bleibt Bremen auf seinen Krediten sitzen. Helga Trüpel, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zum Rettungsversuch des Senats.

Der Space Park ist ein Koloss auf tönernen Füßen. Der Eröffnungstermin wurde mehrfach verschoben – parallel zur Expo geplant, soll es nun im Mai 2003 losgehen. Schon bevor das Vergnügungs- und Einkaufszentrum seine Tore öffnet, fordern die privaten Investoren von Bremen eine Nothilfe. Mit 66,5 Millionen Euro wollen CDU und SPD ins Betreiberrisiko einsteigen. Ob dieses Geld je zurückgezahlt wird, steht in den Sternen. Das Risiko der ›Betreiberfirma‹ ProFun ist auf die Mindesteinlage ihrer GmbH, 50.000 Euro, begrenzt.

Die Finanzierung des Space Parks ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers. Die Grünen haben eine klare Position: Entweder es finden sich genügend private Investoren oder das Projekt scheitert. Die Grünen lehnen eine staatliche Beteiligung am Space Park ab. Bremen hat bereits rund 100 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben. Wenn Bremen jetzt weitere 66,5 Millionen Euro aufbringt, ist das der erste Schritt zum VEB Space Park. Vermutlich wird die aktuelle Rettungshilfe nicht die letzte sein.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Korruptionsbekämpfung: Große Koalition mauert

Auf Antrag der Grünen wurde im März 2002 der parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Bauvorhaben eingerichtet. Matthias Güldner, grüner Ausschussobmann, zieht Zwischenbilanz.

Nimmt man die Aussagen von SPD- und CDU-Politikern aus dem Untersuchungsausschuss ernst, könnte man denken, Bremen sei die einzige Großstadt ohne gravierende Probleme bei der Vergabe öffentlicher Bauvorhaben und Grundstücke. Dazu passt der Druck, der vom Rathaus, von den Zechbau-Anwälten und von den üblichen zwar gut unterrichteten, aber um so weniger mitteilbaren Kreisen auf die Grünen, die Kripo und die Medien in Bremen ausgeübt wird. Die stets gleiche Botschaft: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Ende der Durchsage.

Die Faktenlage sieht anders aus. Der Ausschuss hat inzwischen sehr ausführliche Akten vorliegen, und auch einige nicht in die Senatsdisziplin eingebundene Zeugen hatten durchaus Bemerkenswertes zu berichten.

Was wir in Umrissen trotz des künstlichen Nebels der großen Koalition erkennen können, lässt sich als ›System Zech‹ beschreiben, mit dem das Unternehmen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre an zahlreiche ›Sahnestücke‹ (Ex-Staatsrat von Bock und Polach als Zeuge) unter den öffentlichen Bauaufträgen herankam. Zum ›Input‹ der Firma gehörten Spenden im Umfang von drei Mio. DM über fünf Jahre, davon mindestens 60.000 DM an politische Parteien und deren Organisationen, ein größerer Teil aber auch direkt an Institutionen, die in die Bauaufträge direkt oder indirekt einbezogen waren. Viel gravierender: Zu dem System gehörte es auch, private Aufträge von Entscheidungsträgern aus der Verwaltung zu einem stark verbilligten Preis anzubieten und so ein Netzwerk von Abhängigkeiten zu schaffen. Je nach Bedeutung des Verantwortlichen gehen solche Vergünstigungen (strafrechtlich: ›Vorteilsgewährung‹) von ein paar Tausend Mark bis zu vielen Hunderttausend Mark. Strafrechtlich wird hier die Justiz ein abschließendes Urteil fällen. Politisch ist der Ausschuss gefordert zu untersuchen, wieso dies in Bremen einreißen konnte und wer gegebenenfalls die politische Verantwortung dafür trägt.

Wie der Bauunternehmer Kurt Zech im Einzelnen an die Aufträge kam, ist je nach Objekt höchst unterschiedlich. Mal, wie im Weserstadion, hatte er einfach nur den richtigen Mitgesellschafter (Andreas Hundsdörfer), der im Stadion eine Art Auftragsgarantie hatte, egal, bei welcher Firma er gerade arbeitete, auch wenn die zuständige Bremer Sport und Freizeitgesellschaft (BSF) alle Aufträge eigentlich hätte ausschreiben müssen. Ein anderes Mal, wie beim Umbau der Kaserne Vahr zum neuen Polizeipräsidium, versuchten zahlreiche Beteiligte aus Politik und Verwaltung über Jahre hinweg eine Ausschreibung zu verhindern, weil Zech schon eine informelle Zusage für Planung und Bau hatte. Öfter wusste die Firma einfach mehr als alle Mitkonkurrenten, saß gar von Anfang an mit am Tisch der öffentlichen Planer. Der sogenannte Wettbewerb, der unterschiedlichen Bietern gleiche Chancen bieten soll, wurde so zur Farce.

All dies scheint aus dem von SPD und CDU verbreiteten Nebel in Umrissen auf, wenn man nur genau genug hinschauen will. Daraus klare Strukturen und auch verantwortliche Personen zu erkennen und zu benennen, wird Aufgabe des Untersuchungsausschusses in den nächsten Wochen und Monaten sein. Die Grünen haben hierfür 84 Zeugen benannt und werden sich auch weiterhin nicht davon abbringen lassen, Licht ins Dunkel des Bremer Baufilzes zu bringen. ... [zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Nebel um Knebelvertrag lichtet sich

Das Delikt lautet Bestechung oder versuchte Nötigung. Stein des Anstoßes in der Affäre um das Bremerhavener Rechnungsprüfungsamt ist ein skandalöser Knebelvertrag. Hinter den Kulissen werden die Messer gewetzt. Manfred Schramm auf den Spuren der Ereignisse.

Der auf Initiative der grünen Bürgerschaftsfraktion einberufene Untersuchungsausschuss versucht seit Juni 2002 aufzuklären, wer für den umstrittenen Vertrag verantwortlich ist, mit dem der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes Mattern bestochen werden sollte. Der ›Knebelvertrag‹ sollte ihn nach Konflikten mit der Verwaltung dazu ›nötigen‹, sich auf eine andere Stelle zu bewerben. Im Gegenzug sollte Mattern befördert werden. Zahlreiche Stolpersteine blockieren allerdings die Arbeit des Ausschusses. So stellt der Magistrat in Bremerhaven die entsprechenden Akten seiner Behörden nur schleppend zur Verfügung. Manfred Schramm, Grünen-Obmann im Ausschuss: ›Wir haben schon zu Beginn davor gewarnt, dass uns wichtige Informationen fehlen und wir wesentliche Fragen nur klären können, wenn alle Akten vorliegen. Ich habe den Eindruck, dass die SPD-Mitglieder ein anderes Verständnis vom Untersuchungsauftrag haben als die übrigen Ausschussmitglieder. Während die Sozialdemokraten offenbar eine Art ‚Anti-Mattern-Kampagne‘ verfolgen, steht für uns die Aufklärung der Sache im Vordergrund. Wir wollen wissen, wer für diesen unsäglichen Knebelvertrag verantwortlich ist, um die entsprechenden Konsequenzen ziehen zu können.‹

Einige der Zeugen bestätigten den Verdacht, dass Mattern mit dem Knebelvertrag auf unzulässige Weise beeinflusst werden sollte. Den Text will aber niemand entworfen haben. Fest steht, dass der ehemalige Magistratsdirektor Kleine eine Ideenskizze geliefert hat, die sich im späteren Vertragstext teilweise wiederfand. In wessen Auftrag er diese erarbeitet habe, war Kleine ›beim besten Willen‹ nicht mehr erinnerlich. Die Rolle von Oberbürgermeister Schulz bleibt ungeklärt. Er beruft sich darauf, dienstlich mit dem Papier befasst gewesen zu sein. Offen ist auch, wie die letzte Vertragsfassung zu Stande kam. Kleine sagt aus, er habe den Entwurf per Boten dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rosche zukommen lassen. Rosche wiederum, der Mattern das Papier zur Unterschrift präsentiert hat, will sich nicht mehr erinnern, von wem er das Papier erhalten hat. Entgegen seiner Erwartung habe er aber einen fertigen Vertragsentwurf, keine Ideenskizze erhalten. Manfred Schramm: ›Die Aufklärung wird erschwert, da die SPD trotz offener Widersprüche die Vereidigung zweier zentraler Zeugen verhindert: die Genossen Rosche und Beneken. Der Ausschuss muss noch klären, ob eine Gegenüberstellung von sich widersprechenden Zeugen erfolgen soll.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Sauer macht lustig

So manche/r BesucherIn des grünen Wahlstands in der Neustadt am Samstag vor der Bundestagswahl mag nächstens geschäumt haben: Statt des erwarteten Gummiüberziehers befand sich in dem kleinen grünen Päckchen lecker-saures Brausepulver. ›Hmm, das blubbert so schön auf der Zunge!‹ Da hat eine Wahlstandshelferin wohl daneben gegriffen. Sorry, beim nächsten Mal passen wir besser auf!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Mobilfunk: Strahlung begrenzen

Im Frühjahr gab die grüne Bürgerschaftsfraktion eine umfassende Messung der Elektromogbelastung im Umfeld der Mobilfunkanlage auf dem Bunker Scharnhorststraße/Buchenstraße in Auftrag. Ergebnis: Die Vorsorgewerte der Salzburger Resolution wurden an einigen Stellen überschritten. ›Wenn die große Koalition den Gesundheitsschutz der Bevölkerung ernst nimmt, muss sie den niedrigsten, international verabschiedeten Vorsorgewert als Maßstab heranziehen‹, erklärt Karin Mathes, grüne Umweltpolitikerin. ›Es muss alles unternommen werden, die Strahlenbelastung so gering wie möglich zu halten.‹

Surfen ohne Grenzen

In neuem Kleid und mit noch mehr Inhalt präsentiert sich die grüne Fraktion seit April 2002 im Internet. Unter ›www.gruene-bremen.de‹ finden BesucherInnen Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion, aktuelle Pressemitteilungen, Veröffentlichungen und vieles mehr. Einfach mal reinschauen! Die Webseite ist übrigens barrierefrei: Blinde und Sehbehinderte können sich die Texte über sogenannte ›screen-reader‹ vorlesen lassen.

Wasserkraftwerk zügig realisieren

VertreterInnen der grünen Fraktion besuchten die Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Aurich, die maßgeblich am Planungsverfahren des Weser-Wasserkraftwerks beteiligt ist. Karin Mathes: ›Wir setzen uns weiter dafür ein, dass mit dem Bau des Kraftwerks möglichst bald begonnen wird. Es wird 10.000 Haushalte mit Strom versorgen und ist ein großer Beitrag zum Klimaschutz, da es kein CO2 ausstößt.‹
[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Pressefreiheit

Nach Änderung des Rundfunkgesetzes musste Radio Bremen zur Bundestagswahl erstmals Wahlwerbung senden. Für die Bürgerschaftswahl hat der Senat eine ›Absprache‹ über Wahlberichterstattung angekündigt, die auch beim Sender auf Kritik stieß. Auf Frage der grünen Fraktion, wie der Senat sich diesen Eingriff in die Rundfunkfreiheit vorstelle, machte Staatsrat Hoffmann einen Rückzieher. Aber noch ist es nicht ausgestanden, wir werden aufpassen.

mehr Infos: [Hermann Kuhn](#)

Lobhudelei

›Getretner Quark wird breit, nicht stark‹, kritisierte die Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert den Senatsbericht über die Verwaltungsreform à la Roland Berger. ›Der Bericht beweihräuchert viele neue GmbHs und Einsparungen, Fakten nennt er nicht‹. Vielfach prägen Chaos und Frust den Alltag der Beschäftigten. Die Neuordnung des Liegenschaftswesens schafft eher Verwirrung denn Durchblick. So können in Nebenhaushalten neue Schulden gemacht werden.

mehr Infos: [Karoline Linnert](#)

Kinderrechte

›Jedes Kind hat ein Recht auf gewaltfreie Erziehung und Entfaltung seiner Persönlichkeit‹, erklärt Anja Stahmann, jugendpolitische Sprecherin. Ein Antrag der Grünen forderte die längst überfällige Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung. Damit werde die Achtung vor Kindern stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt. Ende August wurde eine Anhörung zum Thema veranstaltet – mit großer positiver Resonanz für das Anliegen der Grünen.

mehr Infos: [Anja Stahmann](#)

Zappelphilipp

Die Verschreibung von Medikamenten mit dem Wirkstoff Methylphenidat gegen das sogenannte Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätssyndrom bei Kindern ist sprunghaft angestiegen. ›Die Diagnose und Therapie von ADHS darf nur von hierfür qualifizierten ÄrztInnen erfolgen. Fortbildung sowie breite Aufklärung über ADHS und alternative Therapiemöglichkeiten sind unbedingt nötig‹, erklärt Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Fraktion.

mehr Infos: [Doris Hoch](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar

Wenn ich das mir gegenüber gezeigte ›Rechtsbewusstsein‹ nicht nur der am Kopplungsgeschäft ›Polizeipräsidium‹ Beteiligten von 1996 bis heute Revue passieren lasse, stellt sich mir die Frage: Gelten die vom Staat gesetzten Normen nur für Andere oder vielleicht auch für die handelnden Personen der staatstragenden Institutionen? Was ist Bremen und seinem Image als Standort dienlicher: das Image eines mehr als verzerrten Wettbewerbs und der Ruch von Korruption – oder eine Aufklärung, die diese Bezeichnung verdient, die jeden Verdacht der Behinderung von Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei Lügen straft und außer einem zu erwartenden ›Bauernopfer‹ zu Konsequenzen führt, die den Rechtsstaat von der Bananenrepublik unterscheidet? – Es waren einmal ein Bremer Baulandskandal, der eine allzu große Nähe von Politik und Wirtschaft an das Licht der Öffentlichkeit brachte, und ein Bausenator, der zusammen mit seinem Vertreter im Amt die Verantwortung übernahm. Es war einmal?!

Wilfried Turk, Präsident der
Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

Bessere Bildung für jedes Kind

Mit einem gemeinsam von Fraktion und Partei erarbeiteten Antrag wurde auf der Landesmitgliederversammlung der Bremer Grünen am 26. September ein programmatischer Schwerpunkt der nächsten Zeit beschlossen: Bildungspolitik. Oberstes Ziel sind mehr gut ausgebildete Jugendliche, die unser Land aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen dringend benötigt. Das Motto ist: Jedes Kind muss individuell und gezielt gefördert werden. Erreicht werden soll dies durch einen umfassenden Umbau des Bildungssystems:

- Ganztagschulen, in denen mit entsprechender Pädagogik Kinder flexibel und individuell gefördert werden.
- Kindergärten als erste Säule des Bildungssystems. Im Mittelpunkt stehen dabei Sprachentwicklung, Kreativität und Bewegung.

- Die 6jährige Grundschule mit flexibler, jahrgangsübergreifender Eingangsphase.

Darauf aufbauend werden die nächsten Schritte zu einem einheitlichen Schulsystem bis zur 9. oder 10. Jahrgangsstufe entwickelt. Für Dieter Mützelburg, bildungspolitischer Sprecher der grünen Fraktion, sind die notwendigen Grundlagen klar: ›Die Aus- und Fortbildung der ErzieherInnen und LehrerInnen muss reformiert werden. Bildungseinrichtungen brauchen mehr Selbstständigkeit, und die Vergleichbarkeit anhand übergeordneter Leistungsziele muss ermöglicht werden. Letzten Endes muss mehr Geld gezielt in Bildung investiert werden.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Personalien

Karin Mathes

Guten Tag! Ich bin Karin Mathes, Umweltwissenschaftlerin und seit dieser Legislaturperiode Abgeordnete. Zuständig bin ich in der Fraktion für Umwelt-, Energie-, Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik. Mein Sohn ist gerade 18 Jahre alt geworden. Fahrradfahren liebe ich noch immer, vielleicht, weil ich zusammen mit meiner Schwester Europameisterin im Zweier-Kunstradfahren war.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

Menschliche Städte für städtische Menschen – Bremen im demografischen Wandel: mehr Häuser, mehr Straßen, weniger Menschen?

ReferentInnen:

Prof. Dr. Walter Siebel, Franziska Eichstädt-Bohlig, Uwe Bodemann, Karin Krusche

Moderation: Robert Bücking

20.00 Uhr

Architektenkammer

Geeren 41, 28195 Bremen

Universität

Diskussionsforum zur Studienreform

6. 11. 2002: ›Studienabbruch – Fakten, Ursachen, Konsequenzen‹

4. 12. 2002: ›Stand, Perspektiven und Probleme der Einführung gestufter Studienabschlüsse‹

15. 1. 2003: ›Auswahl von Studierenden, Auswahl für Studierende? Die Zukunft der ZVS‹

Moderation: Hermann Kuhn, MdBB

jeweils 16.00-18.00 Uhr

Haus der Bürgerschaft

Am Markt 20, 28195 Bremen

Hochwasser in Bremen

Mögliche Katastrophe oder Schreckgespenst? – Stadtentwicklung vor neuen Herausforderungen

Vorträge und Diskussion mit: Wolfgang Golasowski, Georg Musiol, Martin Rode, Sibylle Winther

Einführung und Moderation:

Dr. Karin Mathes, MdBB

19.00-21.30 Uhr

Café Sand, Strandweg 106

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Andrea Quick

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch + Satz: Thomas Kollande-Emigholz

Fotos: Dagmar Bleiker, Carsten Heidmann, Monika Heuß, Andrea Quick, Studio B, Wilfried Turk privat

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)